Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/974

28. 03. 95

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995
— Drucksachen 13/50 Anlage, 13/414, 13/520, 13/527, 13/528, 13/966, 13/529 —

hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 23 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird unter Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) der neue Titel 686 14 – Förderung des Ressourcen- und Umweltschutzes und des Einsatzes neuer ressourcenschonender Technologien – geschaffen.

Dafür werden	100 Mio. DM
eingesetzt.	
Es wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von	300 Mio. DM
eingestellt.	
Fällig im Haushaltsjahr 1996 bis zu	300 Mio. DM.

   Erläuterungen:

   Mit diesen Mitteln werden Vorhaben vom Schutz der Ozonschicht, der Eindämmung des Treibhauseffektes und des Erhalts der Artenvielfalt in den Entwicklungsländern, Vorhaben zum Schutz der internationalen Gewässer und der Einsatz, die Vermittlung und der Transfer neuer ressourcenschonender Technologien in Entwicklungsländern gefördert.

2. In Kapitel 23 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird unter Zuweisung und Zuschüsse (ohne Investitionen) der neue Titel 686 15 – Maßnahmen zur Stärkung der inneren Potentiale, der Selbsthilfe der Entwicklungsländer und der regionalen Zusammenarbeit – geschaffen.

Dafür werden 100 Mio. DM

eingesetzt.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300 Mio. DM

eingestellt.

Fällig im Haushaltsjahr 1996 bis zu 300 Mio. DM.

Erläuterungen:

Mit diesen Mitteln werden Vorhaben zur Herstellung lokaler und regionaler entwicklungsorientierter Rahmenbedingungen für Produktion und Handel sowie Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Föderung von Bildung und Ausbildung, zur Emanzipation der Frauen, zur sozialen Sicherung und zur Bevölkerungspolitik in Entwicklungsländern gefördert.

3. In Kapitel 23 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird unter Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investionen) der neue Titel 686 16 – Entwicklungspolitische Soforthilfe – geschaffen.

Dafür werden 123 Mio. DM

eingesetzt.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200 Mio. DM

eingestellt.

Fällig im Haushaltsjahr 1996 bis zu 200 Mio. DM.

Erläuterungen:

Mit diesen Mitteln werden Vorhaben zum Aufbau und Wiederaufbau in Konfliktzonen, insbesondere nach Kriegen und Bürgerkriegen, und Maßnahmen zur Schaffung demokratischer Strukturen gefördert. Der Ansatz dient als schnell verfügbare Reserve für zusätzliche Aufbau- und Strukturhilfe vor allem im Nahen Osten, im südlichen Afrika und in Nordostafrika.

Ausgaben, die den Betrag von 10 Mio. DM überschreiten, bedürfen der vorherigen Genehmigung des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages.

Bonn, den 28. März 1995

Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Entwicklungspolitik als präventive Friedenspolitik kann Kriege, Gewalt und Flucht eindämmen. Sie ist eine Voraussetzung, um hohes Bevölkerungswachstum zu begrenzen, Armut zu bekämpfen und die allen Menschen gemeinsamen Lebensgrundlagen zu bewahren. Angesichts der global gewachsenen Herausforderungen und Gefahren von Armut, Krankheit und Hunger, Gewalt und Krieg, Vertreibung, Flucht und Migration muß ein stärkeres Gewicht auf Soforthilfe und die entwicklungspolitische Unterstützung von Friedensprozessen, auf die Strukturhilfe mit enger Verzahnung von Entwicklungspolitik und sozial und ökologisch verträglicher Wirtschaftspolitik, auf den Schutz der Ressourcen und der Umwelt in Entwicklungsländern, auch unter Einsatz neuer Technologien, gelegt werden. Diese Aufgaben und Verpflichtungen, zu denen sich auch die Bundesrepublik Deutschland auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 bekannt hat, können nur wirksam wahrgenommen werden, wenn die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung hat sich deshalb verpflichtet, die deutschen Entwicklungsleistungen auf 0,7 % des Bruttosozialproduktes zu erhöhen. Die Erfüllung der auf den internationalen Konferenzen der Vereinten Nationen zugesagten und eingegangenen Verpflichtungen ist nur möglich, wenn der Haushaltsplan zu diesen Zuwendungen ermächtigt. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind durch die Einstellung entsprechender Titel zu schaffen. Deshalb ist eine Erhöhung des Baransatzes im Einzelplan 23 vorzusehen. Eine entsprechende Aufstockung in den nächsten zehn Jahren muß sich anschließen.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333